

Kurzfassung

Abhängigkeit des Mittelstands von Zulieferungen aus China

Michael Holz, Peter Kranzusch, André Pahnke, Markus Rieger-Fels,
Olga Suprinovič, Hans-Jürgen Wolter

Kurzfassung

Die Volksrepublik China zählt zu den bedeutendsten Handelspartnern Deutschlands. Diese starke wirtschaftliche Verflechtung wird mittlerweile kritisch gesehen, da China Handelsbeziehungen zunehmend als politisches Druckmittel ausnutzt. Infolgedessen versucht die Politik in Deutschland und der Europäischen Union (EU), einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von China zu reduzieren. Trotz unterstützender politischer Maßnahmen wie dem EU-Gesetz über kritische Rohstoffe (CRMA) betreiben Unternehmen bisher nur in sehr begrenztem Maß ein sogenanntes „De-Risking“, um ihre Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen und Vorprodukten zu verringern.

Mittelständische Unternehmen sind sich bestehender Abhängigkeiten bewusst

Mittelständischen Unternehmen, die in den Handel mit China eingebunden sind, sind sich der Abhängigkeiten von China und der daraus resultierenden Risiken durchaus bewusst. Dabei ist dieses Bewusstsein tendenziell geringer ausgeprägt bei Unternehmen, die eher am Ende einer Wertschöpfungskette positioniert oder Mitglieder sehr komplexer Wertschöpfungsketten sind.

Unternehmen wägen politische und wirtschaftliche Risiken gegeneinander ab

Mittelständische Unternehmen schätzen im Allgemeinen die aktuellen geopolitischen Risiken im Handel mit China als erheblich ein. Sie sehen allerdings auch die mit einem Abbruch bestehender, langjährig bewährter Geschäftsbeziehungen und dem Aufbau neuer Partnerschaften einhergehenden wirtschaftlichen Risiken. De-Risking ist aus mittelständischer Sicht daher oftmals nur ein Austausch eines bestehenden durch ein anderes Risiko. Letzteres ist nicht notwendigerweise geringer. Viele mittelständische Unternehmen stufen dieses zusätzliche wirtschaftliche Risiko als gravierender ein als die Abhängigkeit von China.

Vielfältige Hürden stehen De-Risking entgegen

Selbst wenn Unternehmerinnen und Unternehmer zum Schluss kommen, dass De-Risking-Aktivitäten sinnvoll seien, stehen der Umsetzung in praktische Maßnahmen vielfältige Hürden im Weg. Das ist mitunter die schlichte Nichtverfügbarkeit von Alternativen. Diese Fälle sind jedoch selten. Als Haupthindernis erweisen sich die mit einem De-Risking verbundenen hohen Kosten, die sich aufgrund der preissensiblen Nachfrage auf den Weltmärkten zumeist nicht an die

Kunden weitergeben lassen. Mitunter sind De-Risking-Maßnahmen auch mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden oder werden durch regulatorische Hürden erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Rahmenbedingungen verbessern statt Abhängigkeiten kartieren

Viele politische Bemühungen, insbesondere auf europäischer Ebene, sind auf das Sammeln von Informationen über bestehende Abhängigkeiten ausgerichtet. Dieser Ansatz ist kritisch zu sehen. Zum einen ist der Nutzen dieser Informationen fraglich, zum anderen ist ihre Gewinnung mit (bürokratischen) Erfüllungskosten verbunden, die den Unternehmen durch neue Monitoringpflichten über ihre direkten und indirekten Lieferbeziehungen entstehen. Zudem sind sie im Hinblick auf den intendierten Zweck – Verringerung der Abhängigkeit von China – mitunter kontraproduktiv. So können Versuche zur Diversifizierung daran scheitern, dass neue Zulieferer es ablehnen, Informationen über ihre Lieferkette preiszugeben.

Stattdessen sollte auf verbesserte Rahmenbedingungen gesetzt werden. Insbesondere sollten Handelsschranken zu Drittstaaten reduziert, Rohstoffpartnerschaften forciert oder regulatorische Hürden (etwa für den Handel von Abfällen innerhalb der EU) reduziert werden. Dies verbessert einerseits die Chancen zur Erschließung möglicher alternativer Bezugsquellen und kann andererseits kreative Potenziale in den Unternehmen freisetzen, um innovative Wege für eine Verringerung der Abhängigkeit von China zu finden.

Wichtig ist aber auch das Bewusstsein, dass Regulierungen in scheinbar gänzlich anderen Politikfeldern – beispielhaft genannt seien hier der Umweltschutz oder der Gesundheitsbereich – (negative) Rückwirkungen auf De-Risking Bestrebungen der Unternehmen haben können.